

Arbeiterkämpfer

Einzelnummer 10 Pfennig

Die Bezugspreise sind in allen Städten erhöht

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Ungarbeiter / Der kommunistische Genossenhalter

Zugangspreis: pro Stück monatlich 1,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,50 Reichsmark
(ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-II / Geschäftsführer
und Redaktion: Eisenbahnerkolonie 3 / Herausgeber: 17.250 / Druckerei: Dresden Nr. 1889
Erscheinungszeit: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde Mittwochs von 17 bis 18 Uhr
am Betriebs- und arbeitsrechtlichen Fragen Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Beratungsstunde

Abgegangene: Die neuromanisch gesetzte Nummer 1000 steht neben Raum 130 R.M. für Sammlungen
abgerufen 0,50 R.M. für die Abflamegalie anfallend am den Beiträgen Zeit einer Zeitschrift 1,50 R.M.
Überlegene: Einzelne Ausgaben bis 9 Uhr vormittags in den Dienststunden Zeit einer Zeitschrift 1,50 R.M.
Zeitung 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Wittenberge besteht
dieselbe kein Unterhalt auf Kosten der Zeitung oder auf Fortsetzung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 27. November 1929

Nummer 275

Ein neuer Hilferding-Skandal

Vollspartei fordert Finanzdiktator / Zusammenbruch des Schwindels von der Hochverweigerung für die deutsch-russischen Rulaten
Freitag, 20 Uhr, in den „Annensälen“, Empfang der Dresdner Ausland-Delegierten

Wieder ein internationaler Kapitalpakt

Nach Schweden-Trust — Reemtsma-Monopol

Die Mitteilungen, die durch die bürgerliche Presse über die beschleunigte Restrukturierung der Tabakbranche gingen, ließen zu vermuten, daß hier ein neuer ungeheuerlicher Skandal der hilferdingischen Finanzpolitik vorliegt.

Der erste wichtige Punkt der hilferdingischen Pläne ist die Restrukturierung der deutschen Zigarettenproduktion. Das bedeutet tatsächlich ein Monopol für den Reemtsma-Konzern, der nach seiner Verbündung mit dem Weimar-Rusken 35 Prozent der gesamten deutschen Zigarettenproduktion beherrschte, während die übrigen 5 Prozent auf eine Reihe kleiner Fabriken geplättet wurden. Im Sept. von 35 Prozent der deutschen Zigarettenproduktion kann Reemtsma die Preise diktieren, wie er will hat. Das hat er schon im April dieses Jahres gezeigt, wo er den Stückpreis für Zigaretten um 2 Mark pro 1000 erhöhte, was bei einem jährlichen Raumumfang von jetzt 22 Milliarden Mark pro Jahr für den Reemtsma-Konzern einen Wüchsen von 36 Millionen Mark im Jahre bedeutet.

Die Rentenregierung, mit der hilferding die Zigarettenindustrie beglücken will, bedient nichts anderes, als die unumstößliche Herrschaft des Reemtsma-Konzerns in der Zigarettenindustrie zu fördern. Dieser bringt das Reichskommissariat für gesetzliche Versicherung, dies alles gelde, um das Eintragen der British-American-Tobacco-Corp. Ltd. auf dem deutschen Markt zu unterstützen. Das Reichskommissariat muss natürlich auch befürchtet sein, daß diese ausländische Firma im ersten Monat ihr Aktienkapital um 120 Millionen Mark erhöhte, um die Majorität der 700 Cabot Handels-Gesellschaften im Amerikum aufzutreten, und dies ist die Hauptgesellschaft des Reemtsma-Konzerns.

Zwischen Reemtsma und jener britisch-amerikanischen Tafelgesellschaft, der angeblich here Hilferding des deutschen Mark läuft, besteht alle Frei-Regelung, wie dies der Reichskommissar höchstens möchte, lassen die allgemeine Zigarettenrestrukturierung. Tatsächlich erreicht here Hilferding mit seiner Rentenregierung der Zigarettenproduktion nur, daß jener deutsherrliche Interessenverbund der deutschen Zigarettenmarkt monopolisiert wird.

Die heftigste holdungsfähigkeit des Reemtsma-Konzerns hat, wie alle berufige Unternehmen, keinen anderen Sinn, als die Gewinne Reemtsma aus dem deutschen Zigarettenmarkt ins Ausland in Sicherheit zu bringen. Die Rentenregierung, aber besser Monopolisierung der deutschen Zigarettenproduktion, Reemtsma hält, wird die Gewinne noch mehr steuern und in erhöhter Höhe ins Ausland fließen lassen.

Dirk Schröder schreibt mit Reemtsma wurde vom Reichskommissariat abgeschlossen, damit hilferding 200 Millionen mehr aus der Tabakbranche ziehen kann. Zwei Drittel und mehr der Tabakbranche tragen bisher die Zigaretten. Aber das trifft ja Reemtsma nicht. Denn der Reemtsma-Konzern darf der Monopolisierung der Produktion viele Sicherheiten bis auf den letzten Strich auf die Dokumente abmachen.

In Summa: Das hilferding-Reemtsma-Zigarettenmonopol ist eine doppelseitige Ausplünderung der Massen, denn 200 Millionen für die Reichsfinanz und noch mehr als 200 Millionen für den Reemtsma-Konzern abnimmt.

Diese Meldung über den „organisierten Kapitalismus“, wie ihn hilferding als die „Voraussetzung des Einheitsstaates in den Sozialismus“ in Kiel definierte, beweist das direkte Gegenteil, nämlich, daß die zieligen Pläne wie ein Vompte die Massen ausplaudern und das Massenelend zur Unersättlichkeit steigern müssen. Dazu kommt, daß die Großbourgeoisie immer profitierter wird und die durch Steuern aus den Massen geprägten kleinen Firmen für sich beansprucht. Sie trifft Maßnahmen, alles liegend möglich in ihre gleichen Pfeilen zu konzentrieren, wie folgender Bericht aus Berlin zeigt:

Die Finanzdiktatur der Schwerindustrie

Die Reichsregierung führt die Beschlüsse der Düsseldorfer Industriellen durch

Berlin, 26. November 1929.

Im Haushaltsschluss des Reichstages erfolgte in der Dienstausführung ein Vorstoß der Deutschen Volkspartei im Sinne des Düsseldorfer Beschlusses der Schwerindustriellen auf Ein-

Der Reichstag will die KPD verbieten

Deutsche Proletarier vertheidigt ihre revolutionäre Vorhaben
Heute tritt in Berlin der Reichstag zusammen. Mit dieser Tagessitzung steht die Erledigung des Youngplans, der den arbeitenden Massen neue zuverlässige Opfer auferlegen soll. Heute die Zoll- und Staatsaufbauprogramme der Röhmregierung, die den wirtschaftlichen Massen das Werk vom Wände wegnehmen sollen. Mit jeder Tagessitzung steht aber auch jenes Geleg, das den Rückzug der Youngsprotheke gegen die Arbeiterschaft politisch bedeutet; das neue Republikanische Gesetz, das nichts anderes ist als ein Gesetz zum Verbot der kommunistischen Partei, zur Auflösung der revolutionären Kämpfergruppen unter schwere Strafenstrafen. Alle faulenbewegten Arbeiter müssen verstehen, daß der Angriff gegen ihre revolutionäre Vorhaben ein Angriff gegen die gesamte Arbeiterschaft ist. Überall müssen sie sich zusammennehmen, um durch den entschließenden Kämpf den Angriff der Röhm-Partei abzuwehren, die KPD, die unter allen Umständen legal oder verboten, ihre revolutionäre Pflicht erfüllen will, bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Die besten faulenbewegten Arbeiterschaften müssen die Konsequenz ziehen und sich der revolutionären Vorhaben anschließen — Überall auch in den Betrieben und Werkstättenorganisationen über die Organisation des Gegenangriffs gegen das Kämpfungsprogramm gesprochen werden. Die Vertheidigung der revolutionären Vorhaben ist die Sache der ganzen deutschen Arbeiterschaft.

Vor dem Niedner-Senat

Der Hochverratsprozeß gegen die Arbeiterstimme

Leipzig, 27. November.
Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts befindet in seiner Sitzung vom 19. November, auf Antrag des Oberrechtsanwalts, den Termin der Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den politischen Redakteur der Dresdner Tagesszeitung Arbeiterstimme Bruno Goldhamer, am 14. Januar 1930 um 9 Uhr festzulegen. Die Verhandlung findet im Hauptsaal statt. Die Anklage vertritt Reichsanwalt Dr. Neumann. Als Verteidiger des Angeklagten fungiert Dr. Rolf Helm, Dresden.

Polizei gegen kommunistischen Abgeordneten

Wedel verhindert durch Polizei Genossen Orlitz am Betreten des Landtages — Ausschluß des Genossen Bindermann aus der Sitzung

Dresden, den 26. November 1929

Als der Genosse Orlitz, der vom Bevölkerungsabteilung, wie alle übrigen Abgeordneten zu der heutigen Sitzung geladen wurde, das Bevölkerungsgebäude betreten wollte, wurde er durch Polizeibeamte an dem Eingang des Gebäudes gehindert. Ihnen Wiedel nach der letzten Bevölkerungssitzung der Abgeordneten vorgeworfen, daß er nicht mit Polizei gegen Kommunisten vorgehe, so prügt dieser Vorhang vor dem Bevölkerungsgebäude, daß die Sozialdemokratie nur bis zur Wahl bereit steht, wenn die Sozialdemokratie ausdrücklich auf den Massen zu verhüten, um so bessere Wahlgründen machen zu können.

Wer der Genosse Orlitz durch den Sozialdemokraten Wiedel vor der Sitzung festgehalten worden, so wurde der Genosse Kurt Bindermann im Beisein der heutigen Sitzung, in der er sich mit den Sozialdemokraten auseinandersetzt, wegen der von

Dresdner Eisenbahner wählen 2 Delegierte zum Reichstag

In einer gutbesuchten öffentlichen Eisenbahner-Sitzung sprach am Dienstagabend der Genosse Bert H. Berlin, über den Reichstag der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die anwesenden Delegierten der reformistischen Eisenbahner-Bewegung des Eisenbahnerverbandes wagten es nicht, gegen den Kongress zu sprechen, ja ihre Freiheit ging somit, daß sie bei der Abstimmung mehrere Stimmen gegen den Kongress stimmten. Mit allen Stimmen gegen den Kongress wurde beschlossen,

zwei Delegierte zum Reichstag der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu entsenden.

Wir begangenen Verbrechen an der Arbeiterschaft, durch den Nationalsozialistischen Faschismus durch die Sitzung ausgetragen. Obwohl wir Wiedel ja über die formelle Haftbefehl der Reichsregierung und ihren Vierkant hinweggingen, mußte es auch der Vierkant sein. Er fügt dem Genossen Bindermann aus dem Land und hat die Sitzung auf. Nach Wiedereinführung der Sitzung wie er den Genossen Kurt Bindermann aus dem Saal, der jetzt für die Dauer der bestreiteten Sitzungen ausgestiegen blieb. Die SPD verhinderte durch einige häbliche Verhandlungen darüber hinwegzutun, daß sie durch den Nationalsozialistischen Faschismus vor den kommunistischen Angreifern geführt wurden. In der letzten Sitzung riefen die „Arbeiter“ Sitzung an, daß die Kommunisten ihm den Genosse Orlitz durch Nichterscheinen des Sozialdemokraten Wiedel und der „Entmündigung“ des Sozialdemokraten, wenn er leicht ebenfalls wie der Genosse Orlitz für 10 oder 20 Sitzungen ausgeschlossen würde und seiner Mitgliedschaft hat, gegen seine Haftbefehl durch die bürgerliche Wehrheit parlamentarisch anzukämpfen, daß die Sozialdemokratie wiederum nicht zurück. Die kommunistische Delegation führt parlamentarische Diskussionen, sowohl wie möglich zur unternehmerischen Mobilisierung der Massen. Zu dem Moment, wo die außerparlamentarische Mobilisierung nicht möglich ist, werden sie sich nicht die Möglichkeit nehmen lassen, die Parlamentstribüne für die Agitation auszunutzen.

Die heutige Bevölkerungssitzung war wieder einmal eine glänzende Meisterleistung des Kommunistischen Partei, die den Massen nichts anderes ist als die militärische Form der kapitalistischen Ziffer.

(Den Sitzungsergebnis bringen wir auf der 3. Seite)

Angestellten, gegen die sich der neue schwerindustriell beauftragte Finanzdiktator richtet, erkennen, daß nur mit Hilfe der Sozialdemokraten die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei zu solchen Schlägen auskommen kann. Die Einsetzung eines Finanzdiktators ist nur ein kleiner Teil des von der Schwerindustrie geforderten und von dem Sozialdemokraten Hillerding durchzuführenden Programms.

Diese Vorstöße der Bourgeoisie können nur erfolgen, weil die SPD es noch vermag, durch ihren Gewerkschafts- und Funktionäraparat die Massen im Abwehrkampf gegen den Raubzug der Bourgeoisie zu führen. Es wird deshalb mit aller Energie in den Betrieben gearbeitet werden müssen, um den Arbeitern und Arbeiterinnen die ichändliche Rolle der SPD aufzuzeigen und die bewußtseitsen Kräfte in den Betrieben und Gewerkschaften in den sozialen Verbündeten Männerkörper und den revolutionären Gewerkschaftsorganisationen zusammenzufassen. Durch energetische Arbeit dieser Organe des revolutionären Proletariats allein ist es möglich, die Klassenkräfte des Proletariats gegen den Wucherfeldzug der Trustbourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Dienner zu mobilisieren.

Wie in Sachsen so in Preußen

Geschäftsordnungskontrolle gegen kommunistische Opposition

Berlin, 27. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die preußische Regierung des Sozialdemokraten Braun hat den interaktionellen Ausschuß der preußischen Regierungskoalition erlaubt, „auf geschäftsordnungsmäßigen Wege Sicherungen dagegen zu schaffen, daß in Zukunft der preußische Landtag von radikalen Flügelparteien zum Schauplatz unmündiger Szenen gemacht wird“. Der interaktionelle Ausschuß der Regierungskoalition will noch im Laufe dieser Woche der Regierung entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Diese Aktion richtet sich selbstverständlich ausschließlich gegen die Kommunistische Partei. Selbst im Parlament soll jede Opposition gegen die Hungerpolitik der Preußenregierung mundtot gemacht werden. Die Kommunistische Partei wird sich der Diskussion der Braun-Gesetz-Regierung zu wenden wissen.

Parodie auf die Friedensphrasen

Die Frankfurter Zeitung zu den Provokationen Mantlings

Wir bringen einen Auszug aus einer Notiz der Frankfurter Zeitung über die Verbrechen der chinesischen Imperialisten gegen die Sowjetunion, der gleichzeitig zeigt, wie die Totenräuberzüge der bürgerlichen Presse über die „Kriegszeit“ des Russischen Reichs-Außlands gegen China“ zu bewerten sind:

„Bald lag er oben, bald lag ich unten.“

Charbin, 21. Nov. (Unter Preis). Ein Sieg der chinesischen Truppen über starke russische Detachements, die die Grenze überbrückten und die chinesischen Stellungen angreiften, wird von den manchmal auch Provinzalregierung amlich bekanntgegeben. Die chinesischen Truppen haben, wie erläutert wird, den Angriff der Russen zurückgeschlagen und ihnen schwere Verluste zugefügt. 300 Mann russischer Infanterie wurden gekämpft und 20 Maschinengewehre erbeutet. Die Verluste der Chinesen werden mit 1000 Mann angegeben.

Die sehr ernsten Vorgänge an der russisch-chinesischen Grenze sind in der amtlichen Berichterstattung von grotesken Erhebungen begleitet. Bei den Einfällen der Russen auf chinesisches Gebiet handelt es sich in den meisten Fällen um

Zusammenbruch eines Antibolschewistenschwindels

Keine Ausreiseverweigerung für die Rulaken

Moskau, 27. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Derstellvertretende Kommissar des Auswärtigen, Litwinow, hat den deutschen Botschafter in Moskau, v. Dirschen, davon in Kenntnis gelegt, daß die den bei Moskau versammelten Auswanderern erteilte Ausreisegenehmigung die ganze Zeit über in Kraft geblieben ist und niemals aufgehoben wurde. Nach dem Abtransport der ersten Auswanderergruppe über Semjongrad und Kiel trat eine Versicherung in der Übernahme weiterer Transporte ins Ausland ein. Infolgedessen hat die Mehrzahl der Auswanderer angesichts der Wohnungssnot und der Entbedrunungen es vorgezogen, in ihre Töchter zurückzukehren. Somit verbleiben bei Moskau gegenwärtig 3-4000 Auswanderer, deren Abreise ins Ausland nichts im Wege steht.

Diese Erklärung widerlegt den Wahl von Sowjettruppen über die Verweigerung der Ausreise für die Rulaken und kennzeichnet auch den Schwund von dem gewaltsamen Abtransport. Jetzt zeigt sich auch die Strapazierfähigkeit, mit der neben der sozialdemokratischen Presse insbesondere auch die demokratische Kriegsstimmung gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Autonomieansprache gehandelt hat. Vor wenigen Tagen wogte legt die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ im Zusammenhang mit einer angeblichen Ausreiseverweigerung, den

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland zu fordern.

Noch gestern brachte die „Dresdner Volkszeitung“ es fertig, nach dem Einverständnis der Einwohnerausrufung, ein neues Tatarenmarsch den abhängigen anzufügen, indem sie „meidet“, daß weitere Auswanderer, die jetzt ihre Siedlung verlassen wollen, zurücktreiben werden“. Es wird also sturzlos weitergegangen. Keine Klarung und keine durch die Presse bewiesene Position der Sowjetregierung scheint imstande zu sein, den antikommunistischen Kriegsschäden in Deutschland das Maul zu stopfen. Leiderhat hat man ja wieder eine neue Melodie für die Kriegshölzer gefunden. Der angebliche „russische Einfall in China“

Strafexpeditionen, die die Sowjettruppen vornehmen, wenn die ihnen gegenüberstehende chinesische Soldateska, zu der bekanntlich viel russische Wehrgarde tragen, gar zu unverhältnismäßig geworden ist. Dann dringen russische Abteilungen über die Grenze, nehmen zur Strafe einige Festungen vor, um sich nach getaner Arbeit wieder auf ihr Gebiet zurückzuziehen. Die erste Reaktion derartiger Zusammenstöße ist dann gewöhnlich, daß das erkrankte Mütterchen Hauptminister der Chinesen, so wie es im Vorspann gelobt, von einem „Wortdringen“ der Russen in der Mandchurie berichtet. Ziehen sich aber danach die Sowjettruppen planmäßig zurück, so hört die chinesische Soldateska tapfer hinterher, in den lüsternen Raum hinein. Wenn es aber kommt ist, dann wird daraus in den Mütterchen Ankündigungen ein großer Sieg gemacht.“

Wenn auch die bürgerliche Presse völlig überzeugt ist von der wirklichen Bedeutung der imperialistischen Provokation gegen die Sowjetunion, so wird die verlogene Presse dennoch fortsetzen.

Völlige Kapitulation in Österreich

Die österreichische Sozialdemokratie billigt die faschistische Verfassungsreform

Am letzten Sonntag fand in Wien eine Reichskonferenz der SPÖ statt, die die in den Verhandlungen mit Schöber bereits vollzogene Kapitulation der Parteiführung vor der faschistischen Verfassungsreform befürwortete. Die großen Worte fehlten auch diesmal nicht. Der Referent Danneberg erklärte den Schöber-Einsatz für einen Rückgang auf die Lebensordnung der Arbeiterklasse in diesem Lande, als ein Attentat auf die Demokratie, auf die sozialpolitischen Besitztum des Proletariats in den Ländern und Gemeinden und insbesondere in Wien.“

Wie verhielt sich nun aber die „linke“ Kauterpartei der Zweiten Internationale zu dem von ihr so geliebten „Anschlag“?

Mit großem Pathos erklärte Danneberg, daß man zwar „den Bürgerkrieg nicht flüchte“, aber doch seine Schriften „dem Lande“, wenn irgend möglich, ersparen möge — was zu deutlich darauf hindeutet, daß man ihn doch flüchtet. Und zur „Berichtigung des Bürgerkrieges“ wurde nun ein ganzes Programm von Kongressen entworfen, die die österreichische Sozialdemokratie „ausserhalb“ in der Verfassungsfrage machen können. Gebilligt wird vor allem die Schaffung eines direkt vom Volke wählbaren Bundespräsidenten nach deutschem Muster und mit den entsprechenden Rechten — einschließlich dem § 18 des „Notverordnungsgesetzes“ — nur mühe dieses entsprechend regelt werden. Gebilligt wird auch die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid nach deutschem Muster, wobei sowohl der Bundespräsident als ein Drittel des Parlaments das Recht auf Grund des Volksentscheids hätten, wodurch natürlich praktisch die Rechte des Parlaments eingeschränkt, die Wahlstellung des Präsidenten erweitert würde. Gebilligt wird insbesondere auch die Auslieferung des gekommenen Polizei, einschließlich der Wiener, an das Zentralministerium. In der entscheidenden Wiener Frage erklärte man sich ausdrücklich bereit, eine verhärzte Kontrolle der Wiener Verwaltung durch die bürgerliche Minderheit in Wien und durch die Bundesregierung zuzulassen — nur müsse die formale Stellung Wiens als „selbstständiges“ Land erhalten bleiben. Und natürlich sollte nicht die Forderung nach „selbstständiger Entwicklung“, die in der Praxis nichts anderes bedeuten kann als eine Entwicklung der Arbeiterschaft zu gunsten der Bourgeoisie und ihrer sozialistischen Garden.

Der Reihe nach vertundete ein Redner nach dem anderen, daß diese Ausführungen das äußerste, aber auch das alleräußerste Maß des möglichen bedeuten — oder ein „kleiner“ Zivilkrieg zeigte, wie ernst diese Worte und die großen Worte über eine „proletarische Abwehr des Faschismus“ gemeint waren. Einer der Diskussionsredner legte eine Resolution vor, die im Sinne des Referats das „Hochmaß der Ungehörigkeit“ begrenzen sollte. Der Referent erwiderte darauf, daß er der Resolution zwar insofern zustimme, daß ihre Annahme über die Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien erschweren werde, weil sie als Ultimatum missinterpretiert werden könnte. Und darauf wurde die Resolution lautstark zurückgeworfen und ein nichtabgängiger Vorschlag des Referenten angenommen — als Demonstration der Bereitschaft der Sozialdemokratie zu weiteren Zugeständnissen.

beschäftigte wieder die „Dresdner Volkszeitung“ ungemein. Dabei braucht man sich nur die frühen Quellen aus denen die Herrschaften ihr „Material“ schöpfen, genau anzuheben, um den Sinn dieser Kampagne zu erkennen. Aus England kommen die Meldungen, wonach die Russen weit nach China einmarschiert seien sollen. Die Russen sprechen jedoch eine andere Sprache. Was geht an der russisch-chinesischen Grenze vor sich? Von russischen Wehrgarde truppen geführte chinesische Verbände und Soldatengruppen haben Überfälle auf Bürger der Sowjetunion und Vorstöße über die russische Grenze hinaus durchgeführt.

Außerdem haben sie die verlässige chinesische Bevölkerung ebenso wie die vielen japanischen Anhänger drangsaliert und ausgeraubt. Die Rote Armee des Roten Orients hat ihrer Aufgabe gemäß die Säuberung der Grenze durchgeführt und einige weigergaribische Reiter jenseits der Grenze ausgebombt. Nicht mehr und nicht weniger als die Säuberung des Grenzgebietes ist die Aufgabe der toten Truppen, die sie erfüllen. Die bürgerliche Presse aber mettelt in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Presse im Ponziens von Kriegsberichten nach dem Schema des englischen Reutersbüros mit einem Schuß Verlogenheit bei bestreiten. Bequemlicherweise ist, um durch Schauerstücke von der russischen Kriegszeit die Stimmung für einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu fördern. Dass es ist dabei auf einen ganz gewöhnlichen Schwund nicht ankommt, zeigt die Meldung über die angebliche „Einnahme von Haier“ durch die Sowjettruppen. Haier soll nämlich bereits vor einigen Tagen von den roten Truppen „erobert“ worden sein. Gleichzeitig muß die „Volkszeitung“ verkehrt meinen: „Der Bericht über die Einnahme von Haier durch Sowjettruppen findet bisher keine Bestätigung.“ Nicht unbestreitlich ist die Meldung des „Dresdner Anzeigers“ über die „Rückeroberung des konservativen Vorstoßes in der Mandchurie“. Darauf habe Marshall Tebonghuijang schwere Verbürgungen die Rangierung erhoben, die nicht einen Ausgleich mit Russland herbeiführen ver sucht habe. Der Marshall verlangt sofortige Einsetzung von Friedensmachern zwischen Manchukuo und Moskau. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß ein weiterer Vorstoß als der zur Säuberung der Grenze durchgeföhrt von dem General Blücher, dem Kommandeur der Roten Armee des Roten Orients für die Sowjettruppen unterstellt worden ist. Noch weiter ist eine Meldung über die japanische Haltung, wonach der russische Konsulat in der Mandchurie seine ernste Bedrohung der Mandchurie darstelle. Im übrigen sei die Besetzung mehr von der Seite der demoralisierten chinesischen Soldaten bedroht als durch den russischen Vorstoß.

Die Säuberung der Grenze durch die Sowjettruppen bleibt bereits einen erfolgreichen Druck auf die chinesischen Konterrevolutionäre ausgeübt zu haben, denn wie der „Mannheimer“ meint, sind neue Verbombungen durch den Außenminister der Mantingregierung zwecks Beilegung des Streites bei der östlichen Eisenbahn angebahnt worden. Die Entmündung der nächsten Tage wird bereits eine Klarung bringen. Deswegen muß gegen die verlogene Darstellung des angeblichen russischen Einsatzes in China auf das entschieden protestiert werden. Dient he he lediglich dem englisch-amerikanischen Monarch auf Einmündung in den russisch-chinesischen Konflikt zum Zwecke der Organisierung eines imperialistischen Interventionkrieges gegen die Sowjetunion.

Demokratische Rettungsversuche

Die Demokraten, denen von Wahl zu Wahl ihre Wähler kontrahieren, von denen bald kein Hand mehr ein Stück Stoff verlangen wird, luden ihre konträre Partei zu setzen, indem sie sich mit großem Pathos als „Reiter der Wirtschaft“ empfehlen. Das „Berliner Tageblatt“ empfiehlt die Schaffung eines „Faires der Weltordnung“ unter Führung von Göringburg zur besseren Organisation der Finanzreform des Steuerzahlers an der Arbeiterschaft, und bietet derselbe konträre demokratische Gymnastik als Remontekünste an. Helfen wird das der Partei nicht — aber es zeigt die Fähigkeit des Konservativen Schwundes.

Todessturz mit dem Flugzeug

zu Neapel. Der amerikanische Marinabegier, Lieutenant Georg L. Cudby, stürzte beim Einfliegen eines britischen Flugzeuges auf dem Angriffsplatz Anacotta in der Nähe von Washington aus 3000 Meter Höhe ab und war auf der Stelle tot. Der Apparat drohte fast in die Erde. Amerikanische Fliegeroffiziere, die dem Flugzeug beigewohnt hatten, erklärten, der Flieger habe 3200 Meter Höhe erreicht, bevor er herabstieg. Aber als er auf 1800 Meter die Wolkendecke aufstieß, mißlang sein Vorhaben und das Flugzeug stach mit laufender Fahrt zur Erde nieder.

Berlin empfängt die Rußlanddelegierten

Berlin, 27. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern morgen lehrte die 4. deutsche Arbeiterschaft, und mit ihr die Delegierten aus England, Frankreich, Amerika, der Tschechoslowakei und zahlreichen anderen Ländern, insgesamt über 200 Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche, von der Sitzung des 12. Jahrestages der Siegreichen Oktober-Revolution der Sowjetunion auf. Begeisterter Arbeiterschaft empfanden sie bereits auf dem Bahnhof. Stürmisch empfangen wurden sie im Karl-Liebknecht-Haus und von der Konferenz der Delegierten aus allen Betrieben, von den proletarischen revolutionären Massenorganisationen. Große Massen waren in die Sitzung gestromt, um den ersten Bericht des Delegierten zu empfangen.

Die gestrigen überfüllten Massenversammlungen in allen Berliner Bezirken zum Empfang der aus der Sowjetunion heimgekehrten russischen Arbeiterschaften gehaltenen füllten zu einem starken Bekennnis der Berliner Arbeiterschaften für den ersten Arbeiters- und Bauernstaat, die Sowjetunion, und für die Kommunistische Partei Deutschlands.

In den Andreaskälen wurden 137 Neuaunahmen für die Partei und Leiter der Roten Fahne, im Sowjetunterbezirk Gesellschaft 22 Neuaunahmen für die Partei und Leiter der Roten Fahne gewonnen.

Massenmeeting

zum Empfang der zurückgekehrten Arbeiterschaft aus der Sowjetunion und der Delegierten zur Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition am Freitag dem 29. November 1929 um 19.30 Uhr in den Annenjälen.

In der Versammlung des Bezirks Panorma gelang es, die Anzahl der bereits für die Partei gemachten Neuaunahmen auf 60 zu steigern. In Reinickendorf-Schönholz gelang es in der gestrigen Rundgebung 11 Arbeiter in die Partei einzutreten.

In einer überfüllten Versammlung in Charlottenburg ließen sich 28 Arbeiter in die Partei aufnehmen.

Abrechnung mit dem Faschismus

Überfüllte Rundgebung in den Annenjälen

Dresden, den 27. November. Die gestern abgehaltene Versammlung in den Annenjälen, die eine Antwort der Kommunistischen Partei an die National- und Sozialfaschisten darstellte, war überfüllt. Trotz öffentlicher Aufforderung und der garantierten Platzauskunft von 45 Minuten für den Redner hatten sowohl die Reichsbannerpartei als auch die Nationalsozialisten es vorgezogen, sich gegen vor der Annenjäckerung zu drücken. Die Ausführungen des Menschen Kindermann fanden hörbares Beifall. Die Stellung der Kommunisten zum Youngplan, ihre Ablehnung des sozialen Baus und ihre Ablehnung des jungen Planes durch revolutionäre Klassenkämpfe und Vorbereitung der proletarischen Revolution wurde durch lebhafte Zustimmung gebilligt. Es fanden wiederum Neuaunahmen in die Arbeiterwehr statt. Eine Sammlung ergab über 35 Mark.

Diese Rundgebung und das Richterheben des Gegners zeigen, daß nur die Kommunistische Partei ernsthaft gewillt ist, in den großen politischen Fragen, die der Youngplan aufstellt, auch mit dem Gegner auszutauschen, während sowohl National- und Sozialfaschisten ihr Demagogienpiß mit den von ihnen bestellten und verübten Massen unter Polizeihand durchzuführen wagen. Das Auftreten der Kommunistischen Partei und eine gelehrte Unstimmigkeit auch auf diesem Gebiet wird jedoch die Wandler der Polizeibetrüger durchkreuzen.

Der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition mobilisiert die Arbeiter zum Kampf für den Siebenstundentag

Betriebsarbeiter wählt Delegierte! Nach Berlin zum 30. Nov. und 1. Dez.

Was die gewählten Delegierten vom Reichskongress erwarten

In einer ganzen Anzahl von Zuschriften der gewählten Delegierten an das vorbereitende Komitee wird ausgedrückt, was sie vom Kongress erwarten. Die Briefe bestehen auch von neuen Schänden der Reformisten gegen die revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre im Zusammenhang mit dem Kongress.

In den Betrieben der Halleischen Metallindustrie, in denen Delegierte zum Kongress gewählt sind, wurden dem gesamten freigewirtschaftlichen Betriebsfunktionskörper Revers vorgelegt, mit dem Inhalt, daß der Reichskongress der revolutionären Opposition sowie eine Teilnahme oder Unterstützung abzulehnen ist.

Die Belegschaften der Betriebe haben mit überwältigender Mehrheit den Beschluss der oppositionellen Funktionäre, die Unterzeichnung dieser Revers abzulehnen, genehmigt.

Immer wieder kommt in Briefen der Wille zum Ausdruck, daß Schluß der Arbeitersklasse in die eigenen Hände zu nehmen und keinen Funken von Verträgen nicht den sozialistischen Gewerkschaftsführern entgegenzubringen. „Es muß auch den Bürokraten klargemacht werden, daß sich die Opposition nicht mehr den willkürlichen Auskünften fügt, ohne die schärfste Gegenoffensive. Es muß gelautet werden, die Führung von Wirtschaftskämpfen durch die Arbeiter selbst zu übernehmen und viele Kämpfe heftig zu beenden.“ So und ähnlich lauten die Erwartungen, die die Delegierten an den Kongress stellen.

Ein Landarbeiter schreibt, wie durch Auskünfte revolutionärer Arbeiter in dem Bezirk Halle-Merseburg aus dem deutschen Landarbeiterverband ganze Zahlstellen, die tapfer im Kampf gegen die Junker standen, einfach verschoben wurden durch die selbstherliche, die Arbeiterdemokratie missachtende Bürokratie.

Dienst und viele andere Schänden der reformistischen Gewerkschaftsführer werden die Delegierten auf dem Reichskongress vorbringen. Um das zu verhindern, um die öffentliche Auflage der versauten Bürokratie der Gewerkschaftsverbände unmöglich zu machen, versuchen die Gewerkschaftsfunktionäre alles, um den Kongress zu unterdrücken. Die Beseitigung dieser Schädlinge und Spalter der Arbeiterbewegung ist einer der wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung der einheitlichen Kampffront der Arbeitersklasse.

12 Stunden Nachschicht – und Kurzarbeit

Wie ungeheuer schändlich für die Arbeiterschaft ist das „Werk“ eines sozialistischen Betriebsrates ausmirst, zeigt sich in drastischer Weise in der Mechanischen Werkelei in Bautzen. Seit ungefähr drei Wochen ist Kurzarbeit eingeführt, und zwar wird wochenweise nur 10 Stunden gearbeitet. Deinen geahndet werden in der Abteilung Röhre täglich zwei Überstunden geleistet. Als sich einige Kolleginnen beim Betriebsratsvorstand beschweren, fuhr er diese an, sie sollten selbst zum Direktor gehen, wenn es ihnen nicht paßt. Derlei Ausdruck, den er auch in der letzten 10-Wochen-Betriebsversammlung gebrauchte. Im übrigen, erklärte er weiter, ginge ihm die Sache nichts an, es wäre eben viel Arbeit da und sie lagen schon seit Anfangs bis 10 Uhr mal an – warum wird denn da erst Kurzarbeit eingeführt? – Nun kommt aber noch das dritte Ende: Vorige Woche konnte festgestellt werden, daß von einigen Kollegen Rauchdichtung geleistet wurde, und zwar von 17.30 Uhr bis 5.30 Uhr.

alle 12 Stunden!

Kolleginnen und Kollegen! Seht ihr, wohin wir von diesem ganz offensichtlichen Arbeitseind. Gieße geführt werden? Wollt ihr weiter diesen Weg mitgehen, der uns immer tiefer in Elend und grenzenlose Ausbeutung bringt? Nein, Schluß damit! Weg mit solchen Subjekten! Bereitet euch nur auf die kommende Betriebswahl und lohnt euch nicht wieder von dem alkoholisierten Gewerkschaftsbürokrat Stielz über die Löffel hängen. Wenn er jetzt an seinem Gehinnungsgegenstand Gieße hängt, kann er ihn nur mitnehmen, seine Kollegin wird ihm eine Träne nachsaufen! Wie aber müssen uns später zusammenhängende und allen Feinden der Arbeiterschaft die revolutionäre Front der Gewerkschaftsopposition entgegenstellen. Nur so wird es möglich sein, uns den Weg frei zu machen zu menschenwürdiger Lebensbedingungen.

Arbeiterkorrespondenz

Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Danzig

Am Sonntag, dem 24. November, fand in Danzig eine Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition statt, die sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage und dem Reichskongress beschäftigte. Das sozialdemokratische Parteivorstand in Danzig hat in mehreren Abteilungen die Mitglieder der Gewerkschaft gewarnt, am Kongress teilzunehmen, anderfalls sie ausgeschlossen würden. Der Besuch der Konferenz hat bewiesen, daß die Arbeiter diese Warnung nicht beachtet haben. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren anwesend:

Insgesamt 161 Arbeiter und Arbeiterinnen. Hierzu aus den Betrieben 110, delegiert 75; Gewerkschule 31, delegiert 28.

Als Gäste nahmen an der Konferenz teil: Aus den Betrieben 35, von den Gewerkschulen 23.

Gewerkschaftlich organisiert waren 69 Betriebodelegierte, 15 Delegierte der Gewerkschulen.

Unorganisierte waren 6 Betriebodelegierte, 19 Delegierte der Gewerkschulen.

Die politische Zusammensetzung der Konferenz: SPD 58, SPD 2, Unorganisierte 71.

Während der Tagung trat noch eine Anzahl Delegierter (10) ein, die zwar nicht von dem Bericht der Mandatprüfungskommission erfaßt werden konnten, da diese ihrer Abreise bereits beendet hatte. Es stellte sich jedoch heraus, daß auch diese Delegierten alle gewerkschaftlich organisiert waren.

Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, die den Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition begrüßt. Außerdem billigte sie die Haltung der revolutionären Betriebsarbeiter, die vor gleicher Zeit, während die oppositionelle Konferenz trat, eine Versammlung abgehalten hatten, zu welcher auch die von den Reformisten ausgeschlossenen Betriebsarbeiter erkannt waren. In dieser Versammlung meinten die zwei sozialistischen Gewerkschaftsführer den Saal verlassen. Die Betriebsarbeiter mührten sich eine neue Sitzordnung und beschlossen, die Beitragsperiode solange durchzuführen, bis der Hauptvorstand des Dickebündnisses seine Abschlußmaßnahmen zurücknimmt. Besonderes Merkmal ist, daß ein sozialdemokratisches Arbeiterschlaf und erklärte, daß nicht die oppositionell eingestellten, von den Reformisten ausgeschlossenen Arbeiter die Versammlung zu verlassen hatten, sondern die reaktionären Angestellten, deren Verhalten bei der letzten Betriebsarbeiterbewegung zur Kenntnis gekommen worden ist.

Sieben auf der Konferenz anwesende Arbeiter statten der kommunistischen Partei bei.

Die proletarische Jugend kämpft unter der Fahne der Gewerkschaftsopposition

Die letzten Jugendtreffen in Oberhausen, in Bremen und Berlin zeigten die Kampflosigkeit und Kampfbereitschaft der Jungarbeiter. In all diesen Kampfen manifestierten die lärmenden Jugendlichen ihre Feindseligkeit gegen die verträgliche sozialistische Gewerkschaftsbürokratie. Sie wählen sich aus ihrer Mitte ihre entzerrten Kämpfer als Kampfleitungen und Jugendbetriebsrattrauenleute. Sie stellen sich in die Reihen der revolutionären Opposition. Im Kampfe erkennen sie die Notwendigkeit, alle jungen oppositionellen Kräfte im Reichsmakler zusammenzufassen und darum wählen sie Jugenddelegierte zum Reichskongress der Gewerkschaftsopposition am 30. November und 1. Dezember in Berlin. Alle Jugenddelegierten wurden von den Jungarbeitern in Versammlungen der Betriebe, Berufsschulen und Stempelstellen gewählt.

In Berlin wurden in den Berufsschulen und in Großbetrieben bis jetzt 15 Delegierte gewählt.

Im Ruhrgebiet sind bereits in den großen Eisenhütten 3 Delegierte gewählt. Die jungen Krupp-Proleten haben ebenfalls ihre Delegation schon bestimmt.

Bremen: Die jugendlichen Textilarbeiterinnen des Viermer Autoparken haben in ihrer Streitversammlung einen Delegierten zum Kongress in ihrem Auftrage gewählt.

Halle: Aus den Chemieköllen sind bereits sechs jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kongress delegiert.

Nostandsbeihilfe im Buchdruckerverband

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat beschlossen, in allen Hauern Nostandsbeihilfe zu zahlen. Arbeitslose Mitglieder, die in der Verbands- und staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgezeichnet sind, erhalten zunächst für die Zeit vom 24. November bis 28. November eine Sonderunterstützung. Ausgeteuerte, die aus der Kfz-Jahresförderung Unterstützungen beziehen, erhalten die Nostandsbeihilfe ebenfalls.

Die Beihilfe regelt sich wie folgt: Nach 52 Verbandsbetrieben werden pro Woche 5, nach 150 Betrieben 7,50 und nach 500 Betrieben 10 Mark gewählt.

Diese absolut ungenügende Nostandsbeihilfe hat der Verbandsvorstand einstellt unter dem Druck der oppositionellen Bevölkerung, die eine Kampfinitiative für Ausgeteuerte oder mit Unterstützungsperiode belegte arbeitslose Buchdrucker forderte. In vier von der Opposition einberufenen Arbeitslosenversammlungen in Berlin wurde immer wieder die Forderung erhoben, die Opposition vertrate sie in allen Verbandsversammlungen.

Aber nicht nur der Druck der Opposition zwang den Verbandsvorstand, stärker noch war der Druck der wirtschaftlichen Lage. Die Bewilligung außerstatutarischer Unterstützungen sind der Beweis, daß die vom Verbandsvorstand erlassene Fassung der 42-Stunden-Woche die Tatsachen widerlegt wurde. Die große Arbeitslosigkeit ist eine Folge der sozialdemokratischen Verbandspolitik, die es dem Unternehmertum ermöglichte, auch die weite Nationalisierungswelle auf Kosten der Arbeiter durchzuführen. Große Profite der Unternehmer und die Folgen der allgemeinen Arbeitslosigkeit und der nötigen Währung, für beide trägt die Bürokratie die volle Verantwortung.

Das zeitige Produktion ist die Arbeitslosenzahl ständig gestiegen. Wenn nun die Bürokratie eine Nostandsbeihilfe bewilligt, so zeigt das, daß sie fehlt an keine Befüllung der Betriebsnähe glaubt. Die Rollen für die durch die Schuld der Bürokratie notwendige Extraunterstützung für Arbeitslose sollen nun wieder die arbeitenden Kollegen tragen. Schön wird im Konsorten die Erhebung eines Zusatzbeitrages angekündigt.

Die Opposition forderte eine Kampfinitiative für ausgeteuerte Arbeitslose, weil sie die Buchdrucker im schweren Kampf gegen den Abbau der Löhne beteiligt. Da es die Bürokratie verbündet hat, daß die tatsächlich gezahlten Löhne tatsächlich fortgelegt werden, kann jetzt die Unternehmer die Lohn zum Abbau der überstaatlichen Löhne aus. Schön leidet dieser Vorrabbau fort. Bei der Firma Grahl u. Co. in Berlin wurde beispielweise ein Nostandskinder mit 10 Mark Wochenlöhne eingestellt. Das gibt einen Begriff von der Lage.

Dieser Kampf gegen den Vorrabbau ist deshalb so schwer und die Lage der Arbeitslosen so schlimm, weil die Verbandsbürokratie alles getan hat, um in jüngster Zeit den Kampf um den 7-Stunden-Tag zu verhindern. Auch jetzt will die Bürokratie, obwohl die Verhandlungen über die Erneuerung des Manteltarifs bereits angelegt sind, nicht von der Durchsetzung des 7-Stunden-Tages will. Da aber die Erfüllung der 42-Stunden-Woche die einzige Möglichkeit ist, um die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzubeziehen und so auch einen Kampf um höhere Löhne auszuschließen, zu machen, so ruft die Opposition die Kollegenschaft auf, den Kampf um die 42-Stunden-Woche zu organisieren.

Chemnitz In den Textilbetrieben und Metallbetrieben Sachsen sind bereits 4 Delegierte mit dem Auftrag, die Interessen der jugendlichen Textilarbeiterinnen zu vertreten, zum Kongress delegiert.

Leipzig In den verschiedenen Betrieben wurde zum Reichskongress der Opposition von der Jungarbeiterin Teilnahme genommen. Es wurden bisher 7 Delegierte gemeldet.

Württemberg Aus Württemberg werden zwei jugendliche Delegierte zum Kongress erscheinen.

Auf dem Reichskongress der revolutionären Opposition fallen klar die Wege gezeigt werden, die die deutsche Jungarbeiterinheit in ihrem Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Interessen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und des Kommunistischen Jugendverbandes ebnen muss. Im Kampfe gegen Nationalsozialismus und Sozialfaschismus gegen die Spalte der Gewerkschaften formiert sich die deutsche Jungarbeiterinheit, schließt sich zusammen und bildet mit den erwachsenen revolutionären Arbeitern eine einheitliche jugendliche Kampffront gegen die Bourgeoisie. Bis jetzt sind insgesamt 44 jugendliche Delegierte gemeldet. Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen nehmen noch in der letzten Woche in allen Betrieben, Berufsschulen Stellung zum Kongress und entsenden Delegierte. Kampf mit der revolutionären Opposition!

1007 668,49 Mark Reingewinn bei Rüttner, Pirna

Während die Rüttnerproleten hungern und durch die eingeführten Nationalisierungsmassnahmen auf schwere Ausbeulungen berichtet werden, betrifft die Reaktion über den Gewinn, der im letzten Jahr erzielt wurde. Nach einer Rotla der Telefonie ergibt sich für dieses Jahr ein Reingewinn von 1007 668,49 RM. In der Rotla heißt es dann wörtlich:

„Der vorliegende Auftragsablauf führt der Gesellschaft eine Solldurchsetzung für die nächsten Monate. Von den geplanten Nationalisierungsmassnahmen werden gute Wirkungen auf das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahrs erhofft.“

Man stellt also fest, daß bei Rüttner keineswegs Auftragsmanipulation besteht, wie es die Rüttnerdirektion gerade in den letzten Wochen immer und immer wieder dem Betriebspat und der Arbeiterschaft glaubhaft gemacht hat, um die Entlassung von einigen hundert Arbeitern und Arbeiterinnen zu begründen. Die Rotla-Rotla erklärt, was absolut richtig ist, daß die Nationalisierungsmassnahmen bei Rüttner verhindert durchgeführt werden und den Aktiendienst im nächsten Jahr noch einen höheren Gewinn liefern. Die Arbeiterschaft von Rüttner erhält aus diesem Bericht, daß die Direktion mit allen Mitteln die Nationalisierung forcieren wird und daß sie die Aufgabe haben, alle Kampfmaßnahmen zu treffen, um eine weitere Abschaffung der Rüttnerproleten und weitere Entlassungen zu verhindern.

Rüttnerproleten vor Gericht

Zu diesem von uns veröffentlichten Artikel ging uns eine Befürchtung zu, die bestätigt, daß der Kläger nicht Bildner, sondern Schmid, und der Zeuge Schmidtführer nicht Kapitänschef, sondern Jungmann heißt, ferner daß der Zeuge Stöber nicht Schmidtführer, sondern Kapitän heißt.

Erfolge der revolutionären Gewerkschaften in Frankreich

Bordeaux, 24. November.

Es ist immer noch nicht möglich, eine vollständige Bilanz der Wahlen bei Gewerberichter zu machen, doch steht bereits jetzt fest, daß die revolutionären Gewerkschaften beträchtliche Erfolge errungen haben. Das Wahlergebnis ist eine sehr deutliche Antwort der Arbeiter an alle Oppositionellen, Stenografen, Mitarbeiter des sozialen Friedens und andere Kapitalistenspitzen.

Die gegen die Mehrheit der CGTLL und gegen die Kommunistische Partei kämpfen. Schließlich bedeutet es in gewissen Industriezentren einen gewissen Rückgang der Reformisten.

In Paris haben die beiden Wahlgänge die Amtszeit der revolutionären Beiräte von 22 auf 29 erhöht; die Sozialräte haben von 16 auf 19 gelungen; die örtlichen Gewerkschaften und die leistungsfähigen Gewerkschaften sind von 4 auf 7 Beiräte getauscht.

Die CGTLL hat in folgenden industriellen Großbetrieben Siege errungen: Douai (2 Gewählte), Villeneuve St. Georges (4), Poitiers (3), Verrières (4), Armentières (6), Nancy (2), Bordeaux (2), Reims (6), Alès (3), Halluin (2), Bayeux (3), Montpellier (1), Woulonges (3), Toulouse (3), Verhaelles (2).

Von kleineren Städten liegen bisher folgende Erfolge vor: Montauban (3), Rouges (1), Montluçon (6), Romorantin (1), St. Germain en Laye (4), St. Didier (1), Tarbes (4).

Die noch unvollständige Liste beweist bereits den maßgeblichen Einfluß der CGTLL auf die Arbeiter, die CGTLL hat ihren revolutionären Kampf trotz aller Schläge der Behörden und trotz aller Manöver der Regierung fort.

Mitteilungen des revolutionären Betriebsräteauschusses

Delegierte zum Reichskongress sofort mit genauer Adressangabe im Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Dresden, 28. Columbusstraße 9, melden, da die Adressen noch bis Freitag in Berlin eingegangen sein müssen!

Zur jeden Delegierten sind an das Reichskomitee zur Vorbereitung des Kongresses 4 Mark zu überweisen. In diesem Betrag ist das Nebennahrungsgeld enthalten.

Jeder Delegierte sorgt dafür, daß dieser Betrag vom genommenen Geldern sofort dem Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Dresden, 28. Columbusstraße 9, übermittelt wird!

Bezirkskomitee der rev. Gewerkschaftsopposition.

C

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden

C

Cäsar

die trustfreie 5 Pl. - Zigarette

4660

Reserviert 150

1900

Steppdeckenfabrik
Fiedler & Hanitzsch
 Schillingstr. 7, Eing. Reisewitzer Str.
 Herren-Steppdecken, von der einfachsten bis
 zur elegantesten Ausführung / Reformstühle,
 Korbstühle, Sitzgarnituren

3260

Max Scheibe
 Lübecker Straße 2
 Kronprinzenstr. 51
 Telefon 17821
 Kartoffeln - Futtermittel

3265

Restaurant
„Zur guten Quelle“
 Jih. Erich Schneider
 Frankenberg-Ecke Reisewitzer Str.
 3254

3254

B. Fliegelmann
 Herrenkonfektion
Kesselsdorfer Straße 15

3266

Herbert Gestaltung, Feinbekleidung und

Konditorat, Pröhnerstraße 172

3267

Dresden Cotta

3268

ELEKTRO-MÜLLER
 Cossebauder Straße 177/83
 Elektrotechnik / Rundfunk / Hochfrequenz / Sämtl. Ersatzteile / Reparaturen
 W. bei Baukunst, außer auf Glühlampen

3269

Paul Horn
 Wild / Geflügel / Obst / Konserven
 Delikatessen
 Gothaer-Küche-Str. 14 (Am Wallauer Platz)

3270

Berta Schulze, Steinbacher Str. 83
 Lebensmittel - Molkereiprodukte

3271

Stern-Drogerie
Erich Hofmann
 Wartauer, Ecke Friedr.-Graf-Str.

3272

Bruno Gräser, Cossebauder Str. 22
 Auto-Reparatur, m. Lederhandlung

3273

Arthur Thieme
 Fleischermeister, Ockerwitzer Str. 1

3274

Arthur Pieper, Uhrmacher
 Wartauer Str. 10 / Gr. Lager in Uhren u.
 Goldwaren / Eig. Reparaturwerkstatt

3275

Gasthof „Stadt Dresden“
 Schillerstraße 10
 Gutes Verkaufs-Restaurant - eig. Schlachterei,
 Vereinszimmer / Schönheit-Garten

3276

Drogerie Friedrich Haule
 Strelitzer Straße 13

3277

Paul Kießling Wartauer
 Straße 36
 Bäckerei und Konditorei

3278

J. Schnieder
 Kohlen- u. Holzhandel
 Gottlieb-Keller-Str. 27

3279

Möbelhaus Hugo Liebig
 empfiehlt eine große Auswahl an
Möbel aller Art / Dienstleist.

3280

Restaurant zum Weidenthal
 empfiehlt seine Lokalitäten

3281

Turmhaus Gute Lokalitäten mit großem
 Gesellschaftszimmer, Vergnügungs-

3282

Prieda Arnold, Leutewitzer Str. 27
 Lebensmittel

3283

FUGNER, Damenfriseur
 (gelegentl. Turnhalle)
 Bubikopf / Farben / Dauerwellen

3284

S. Wurm
 Dekorativer 3D-Wall
 Lebensmittel / Delikatessen

3285

Hühnel
 Schuhwarenhaus
 Wartauer Straße 23

3286

„Café Pfeiffer“

Täglich Konzert!

3287

MAX HERZOG

Kesselsdorfer Straße 19
 Sezialgeschäft für Weine,
 Spirituosen und Liköre

3288

Hausfrauen-Lohn-Wäscherei
 „PETTY“
 am Noitzsche-Wallstraße 7
 Altermodernste Maschinen

3289

Otto Naumann, Wallstraße 45
 W. Fleisch- und Wurstwaren

3290

**Radio-
 Elektro-
 Drechsel**

Kesselsdorfer Straße 10
 Akku-Ladesationen

3291

Milch,
**Molkerei-
 produkte**

3292

3293

3294

3295

3296

3297

Dresden-Friedrichstadt

Arthur Friedrich • Lebensmittel

u. Kolonialwaren, Vorwerksstraße 17

3298

Josef Müller's Restaurant

Schäferstraße 64

3299

Kurt Pelters Fleisch- u. Wurstwaren

Manegasse - Fleischerei - Ecke Schäferstraße

3300

Lebensmittelgeschäft

Hans Lenk, Schäferstraße 19

3301

H. Arweller, Schäferstraße 36

W. Fleisch- und Wurstwaren

3302

Lebensmittel, Fleisch, Butter

Otto Oberlein, Schäferstraße 9

3303

Möbel-Fabrik, Richter & Müller

Aussstellungsräume Weißeritzstr. 14

3304

Bellevue

Festtag, Sonnabend und Sonntag

3305

ff. Ballmusik

Wittenerstraße 27

3306

Dresden-Leubnitz

Damen- und Herren-Frisör, Spez. Brillengeschäft, Paul Richter, Friedensstraße 18

3307

Kolonialwaren, Tabak, Zigaretten, Zigarren und Topfwaren

Anna Claus, Friedensstraße 4

3308

H. Holz- und Kohlenhandlung

Hermann Andreas, Alt-Leubnitz 16

3309

Aultsche Bäckerei und Konditorei am Platz

Kurt Hofmann, Alt-Leubnitz 98

3310

Alfred Geibhardt

Kohlen - Spedition

3311

Dresden

Dampfwaschanstalt

W. Bruchhold

3312

Fischhandlung

Max Jannasch

Luisenstr. 147 und

Autobahnenstraße 22

3313

Michten

Reserviert

3314

Rosenthaler

Kolonialwaren, Gold-Weiß-Gold

3315

Gaststätte zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3316

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3317

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3318

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3319

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3320

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3321

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3322

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3323

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3324

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3325

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3326

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3327

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3328

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3329

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3330

Restaurant zum Weidenthal

empfiehlt seine Lokalitäten

3331

<div data-b